

# Wirtschaftsdienst

## Deutscher Volkswirt

Herausgegeben vom Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv

(früher Zentralstelle des Hamburgischen Kolonialinstituts)

Der Wirtschaftsdienst erscheint wöchentlich einmal. Jahrespreis bei der Post und im Buchhandel 30.— Mark

In Kommission bei Otto Meißners Verlag in Hamburg. Schriftleitung: Hamburg 36, Rothenbaumchauffee 5. Fernsprecher: Hjanfa 2447—51

Nr. 44

Hamburg, den 31. Oktober 1919.

4. Jahrg.

### Inhalt:

Lloyd Georges Absage an die Arbeiter I.....	Seite 805	Vereinigte Staaten.....	Seite 814
Die Neugestaltung des Siedlungswesens.....	„ 808	Weltwirtschaftliche Übersichten:	
Länder-Berichte:		Geld und Kapital.....	„ 815
England.....	„ 810	Schiffahrt und Schiffbau.....	„ 817
Frankreich.....	„ 813	Rohstoffe und Warenmärkte.....	„ 820

## Lloyd Georges Absage an die Arbeiter I

### Die englischen Arbeiter vor dem Entscheidungskampf um die Macht

Lloyd George hat die ihm abermals, und zwar diesmal auf ausdrücklichen Beschluß des kürzlich abgehaltenen englischen Gewerkschaftskongresses, vorgelegte Forderung nach Verstaatlichung der Bergwerke im Sinne der Sankey-Kohlenkommission abgelehnt. Er hat damit nicht nur seine Zusage, das Untersuchungsergebnis der Kommission anzunehmen, definitiv gebrochen, sondern er hat dies getan, trotzdem er wußte, daß diese Absage die Gefahr eines Generalstreiks heraufbeschwört, gegen den der kürzliche, das englische Wirtschaftsleben lähmende Eisenbahnerstreik nur ein kleines Vorspiel war. Es gewinnt fast den Anschein, als ob Lloyd George, mutig geworden durch die Erfolge seiner Streikabwehrorganisation im Verkehrsstreik, der ihm gewissermaßen als Generalprobe diente, nunmehr der organisierten Arbeiterschaft die Entscheidungsschlacht liefern will, und zwar teils in der Erkenntnis, daß die radikale Entwicklung der Arbeiterbewegung doch einen solchen Entscheidungskampf früher oder später heraufbeschwören wird — und dann hat bei der wachsenden Arbeiterbewegung das „früher“ die größeren Chancen für die jetzige Regierung —, teils weil er durch solchen Kampf das englische Bürgertum unter der Parole des Schutzes der altüberlieferten freiheitlichen Staatsordnung gegen bolschewistische Umsturz und Gewaltherrschaft von Arbeiterräten geschlossen unter seinen Fahnen zu vereinigen hofft, was ihm einen neuen Regierungsblock sichern würde in dem Augenblick, in dem der jetzige infolge der immer offener zu Tage tretenden inneren Gegensätze unzuverlässig zu werden beginnt.

Darum geht Lloyd George jetzt aufs Ganze.

Die Arbeiterschaft steht jetzt vor ihrer Schicksalsfrage. Mit erdrückender Majorität hat sich kürzlich der Gewerkschaftskongreß für die Verstaatlichung der Kohlenbergwerke eingesetzt und beschlossen, daß im Falle der aber-

maligen Ablehnung durch Lloyd George sofort ein Sonderkongreß der Trade Unions einberufen werden soll, der sich über die Maßnahmen zur Ausübung eines Zwanges auf die Regierung schlüssig werden soll. Die ganze Stimmung des letzten Kongresses und zahlreiche unzweideutige Erklärungen lassen keinen Zweifel, daß — sei denn, daß eine Neuwahl des Parlaments einen anderen Ausweg bietet — als einzige Maßnahme der Generalstreik in Frage kommt. Der hierzu entschlossenen „Triple Alliance“ der Berg-, Bahn- und Transportarbeiter hat der gesamte Kongreß fast einstimmig, also unter Einschuß auch fast sämtlicher grundsätzlicher Gegner der „Direct Action“ (des Streiks für politische Ziele), seine Entschlossenheit ausgesprochen, bis zur letzten Konsequenz ihren Kampf für die Verstaatlichung zu unterstützen. Im selben Sinne ist übrigens auch in der zweiten Forderung der „Triple Alliance“ nach Aufgabe der Rußland-Expedition ein unbedingtes Durchhalten bis zur ultima ratio beschlossen, eine Forderung, die ebenfalls trotz wiederholter gegenteiliger Zusagen keine Aussicht auf Verwirklichung durch Lloyd George hat, so daß auch diese Angelegenheit — zumal angesichts der neuen Blockadepolitik — einen Entscheidungskampf zur Folge haben muß.

Ein Zurück von diesen Beschlüssen ist unmöglich. Es würde für die Arbeiterbewegung gleichbedeutend mit dem freiwilligen Geständnis der Ohnmacht, mit einer vernichtenden Niederlage ohne Kampf sein. Möglich, wenn auch angesichts der radikalen Massenströmung für die gemäßigten Führer nicht ungefährlich, ist dagegen vielleicht noch ein Hinauszögern des Entscheidungskampfes bis zu einem besonders günstig erscheinenden Moment, um bis dahin durch die auf dem Gewerkschaftskongreß beschlossene Massenpropaganda die nötige Streikstimmung in der Arbeiterschaft und das wohl-

wollende Verständnis möglichst weiter Schichten zu gewinnen und die Atempause nach dem großen Eisenbahnerstreik zu verlängern.

Der bevorstehende Sonderkongreß der Gewerkschaften steht jedenfalls vor Entscheidungen von größter Tragweite nicht nur für die englischen Arbeiter und England, sondern für die ganze Arbeiterbewegung der Welt und in der Folge auch für die Gestaltung der künftigen internationalen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen.

So lohnt es sich, tiefer in die Psychologie der englischen Arbeiterschaft einzudringen um an der Hand der Verhandlungen des letzten Gewerkschaftskongresses über die treibenden Kräfte Klarheit zu gewinnen und die Stoßkraft der Bewegung richtig abzuschätzen.

### Der Gewerkschaftskongreß vom 8.—14. September 1919

Schon durch die gewaltig gestiegene Mitgliederzahl bekam der diesjährige Kongreß besonderes Gewicht. Die Gewerkschaftsbewegung zählte 1913 2,2, 1918 4,5 und 1919 4,95 also fast 5 Millionen Mitglieder, so daß Smillie, der Führer der von jeher stärksten Gewerkschaft der Bergarbeiter (700 000 Mitglieder), mit Stolz behaupten konnte, daß der Kongreß unter Einrechnung der Familienangehörigen der Mitglieder mindestens das halbe Großbritannien repräsentiere. Charakteristisch ist vor allem auch, daß die Bewegung auch bisher schwer organisierbare Schichten erfaßt, wie aus den letztjährigen Zuwachszahlen der „General Workers“ um 80 000 auf 400 000 und der Landarbeiter um 64 000 auf 100 000 hervorgeht.

Drei Hauptverhandlungsgegenstände boten sich dem am 8. September in Glasgow eröffneten Kongreß dar:

1. Verstaatlichung der Kohlenbergwerke.
2. Direct Action,
3. Bekämpfung der Rußland-Expedition.

Zum vierten Punkt von großer Bedeutung wurde der Rechenschaftsbericht des „Parlamentarischen Komitees“, des alljährlich gewählten 17köpfigen Exekutiv-ausschusses für die Wahrung der Arbeiterinteressen im Parlament. Dieser hatte im Frühsommer den Antrag der „Triple-Alliance“ (mit 7 gegen 5 von 17 Stimmen) abgelehnt, die die Einberufung eines Sonderkongresses forderte zur Entscheidung für oder gegen eine Direct Action, um die Regierung zu zwingen, die Rußlandexpedition aufzugeben, die Military Service Acts aufzuheben und ihrer Politik der militärischen Intervention bei wirtschaftlichen Kämpfen zu entsagen. Schon als der Präsident in der sonst beifällig aufgenommenen Eröffnungsrede das Verhalten des „Parlamentarischen Komitees“ zu rechtfertigen suchte und darauf hinwies, daß die Regierung eine solche Direct Action mit allen Mitteln als Revolution bekämpfen würde und müßte, erregte er große Mißstimmung, die er anscheinend auch durch unbedingtes Eintreten für die Nationalisierung der Bergwerke nicht überwinden konnte, denn an seiner Stelle wurde für nächstes Jahr der bekannte Abgeordnete und Eisenbahnerführer Thomas gewählt, der trotz aller auch von gegnerischen Parteien anerkannten Mäßigung doch unbedingt für Direct Action wegen der Nationalisierungsfrage und Rußlandexpedition eingetreten ist. Klar trat dann bereits am zweiten Verhandlungstage bei Vorlage des Rechenschaftsberichts die Mehrheitsstimmung zu Tage: Der Abschnitt zur Begründung der Verweigerung des Sonderkongresses ward mit 2 586 000 (darunter 700 000 Bergleute, 500 000 Eisenbahner, 250 000 Transportarbeiter, 300 000 Ingenieure usw.) gegen 1 876 000 Stimmen beanstandet. Bei Neuwahl des Komitees am Schlusse des Kongresses schieden einige Mitglieder, darunter der Haupt-

gegner der Direct Action, Havelock Wilson (Seeleute), aus, während drei Anhänger der Direct Action neu hinzukamen.

Am dritten Tag (10. 9.) erfolgte die Annahme der Resolution für die Nationalisierung der Kohlenbergwerke unter Androhung der Direct Action mit überwältigender Majorität: 4 478 000 Stimmen gegen nur 77 000 Stimmen der Seeleute (Havelock Wilson). Es war der große Tag für den Bergarbeiterführer Smillie, der überhaupt neben Thomas während der ganzen Verhandlungen im Vordergrund stand. Die dreiteilige Resolution lautet:

- a) Der Kongreß hat das Gesuch der Miners Federation of Great Britain entgegengenommen, das den Mehrheitsbericht der Coal Industrie Commission zur Erwägung empfiehlt und erklärt hierzu, daß er in Übereinstimmung mit den Bergleuten das Regierungsschema für die Kontrolle der Industrie verwirft, da es den besten Interessen der Nation widerstreitet. Der Kongreß drückt seinen Entschluß aus, mit den Bergleuten bis zur letzten Konsequenz zusammenzugehen in der Absicht, die Regierung zu zwingen, das Schema für das Staatseigentum und die gemeinsame Kontrolle der Bergwerke, wie es von der Mehrheit der Kohlenkommission in ihrem Bericht empfohlen ist, anzunehmen.
- b) Zu diesem Zweck instruiert der Kongreß das Parlamentarische Komitee in Übereinstimmung mit der Miners Federation, unverzüglich den Premierminister in dieser Angelegenheit im Namen der ganzen Arbeiterbewegung zu befragen und auf Annahme des Mehrheitsberichts der Kommission zu bestehen.
- c) Falls die Regierung diese Forderung auch weiterhin ablehnt, soll ein Sonderkongreß einberufen werden, um über die Art der Aktion zu entscheiden, die zu unternehmen ist, um die Regierung zur Annahme des Mehrheitsberichts der Kommission zu zwingen.

Bei der Begründung der Resolution sagte der Bergarbeiterführer Smillie, die Frage könne nur mit der Verstaatlichung enden; er habe keinerlei Verlangen nach irgendwelchen Streiks und hoffe im vorliegenden Fall, daß die öffentliche Meinung den Bergleuten ihr Recht verschaffen werde; trotzdem aber müsse er auch die Möglichkeit einer Lage ins Auge fassen, in der „es ein Verbrechen für einen Arbeiterführer wäre, etwas anderes als einen Streik anzuraten.“ Also die Bergarbeiter sind zum Streike entschlossen, der Kongreß hat sich zur Gefolgeschaft verpflichtet.

Ebenso bedeutungsvoll sind folgende Worte des maßvollen Thomas (Eisenbahner) zur Begründung der Resolution:

Die Resolution bedeute, daß in wenigen, wahrscheinlich schon in zwei Monaten der Kongreß abermals über diese Frage beraten werde, denn er glaube an einen ablehnenden Bescheid der Regierung. „Sie haben die Möglichkeit gehabt, klaren Weg zu erkennen, den Sie gehen. Ich glaube, daß es sich um eine gerechte Forderung handelt; ich glaube, daß sie im Interesse des Staates liegt; ich glaube, daß die Verstaatlichung der Bergwerke mit dem Wohlergehen des Landes innig verwoben ist; und weil ich glaube, daß das Land größer ist als irgend ein Teil, größer auch als diese unsere Bewegung, deswegen begrüße ich die Resolution von ganzem Herzen.“

Thomas Worte, die auf die hier nicht zitierbaren Erörterungen über die politische Tragweite eines politischen Generalstreiks hinweisen, betonen, daß niemand im Unklaren über die Bedeutung der Resolution war. Jeder mußte wissen,

daß als fast unvermeidliche Konsequenz der politische Generalstreik für die Verstaatlichung in einigen Monaten folgen müsse. Und trotzdem eine überwältigende Majorität! Eine Majorität, in der sich selbst die schärfsten Gegner der grundsätzlichen „Direct Action“ befanden, wie Clynes (General Workers) und der Abgeordnete Tom Shaw (Textilarbeiter).

Die am nächsten Tage folgende Auseinandersetzung über die Direct Action als Prinzip zeigte zwar scharfe Gegensätze, deren Austrag aber durch Schlußantrag vermieden wurde. Der Abgeordnete Tom Shaw (Textilarbeiter) beichtigte Smillie als Propagandist der Revolution und des Sowjetsystems und erklärte Lenins proletarische Gewaltherrschaft für das Gegenteil einer freien sozialistischen Republik, da jede Möglichkeit zur freien Selbstbestimmung dem russischen Volk genommen sei. Die geschickte Taktik von Thomas vermied die Entscheidung. Er betonte einerseits die Gefahr einer Direct Action gerade in dem Augenblick, wo eine allgemeine Wahl unter günstigsten Chancen in absehbarer Zeit eintreten könne, und erklärte für politische Ziele den Wahlzettel als allein zulässiges Machtmittel, andererseits aber sprach er von „legitimer wirtschaftlicher Aktion“, die man nicht durch eine ungeschickte Resolution für oder gegen Direct Action kompromittieren dürfe.

Die seelischen Wurzeln der radikalen Volksstimmung legte unter tiefem Eindruck der Bergarbeiter Hodge bloß: Nach einer scharfen Verwahrung gegen den Vorwurf der Revolutions- und Sowjetabsichten verwies er auf die der gänzlich gewandelten Volksstimmung scharf widersprechende Zusammensetzung des Parlaments. Lloyd George (von dessen demagogischer Wahltaktik die Arbeiter sich inzwischen befreit haben, während Bruch und Nichterfüllung seiner Wahlversprechen zunehmende Erbitterung erzeugen) sei selbst der eigentliche Propagandist und Lehrmeister der Direct Action. Die Nachwahlen (Tags darauf Hendersons Sieg in Widnes!) offenbarten die gewandelte Volksstimmung, aber zugleich die Ohnmacht des Volkes im Parlament: „Weil kein verfassungsmäßiger Weg für das Volk offen steht, deswegen wenden sich die Massen der Philosophie und dem Programm der Direct Action zu.“

Der Kompromißantrag auf Schluß der Erörterung siegte mit 225 000 gegen 208 000 Stimmen der Extremen beider Richtungen. Man erkennt daraus, daß eine Mehrheit auf dem bevorstehenden Sonderkongreß in der Frage des Streiks für die Bergwerksverstaatlichung allein durch die mittlere Richtung gegeben wäre, die mit Thomas zwar eine Direct Action vielleicht ablehnt, aber eine „legitime wirtschaftliche Aktion“ billigt; die Direct Action-Gegner, die vielleicht doch trotz Billigung der Kohlenresolution in letzter Minute auch vor einer „legitimen“ Aktion zurückschrecken, sind demnach gegenüber den vereinigten Radikalen und Mittleren in hoffnungsloser Minderheit.

Am letzten großen Tag (12. 9.) kam abermals die Direct Action, aber wieder als ultimo ratio im Spezialfall, zur Erörterung durch folgende, fast einstimmig (auch von den Gegnern der Direct Action als Prinzip) angenommene Resolution Thomas gegen den Rußlandfeldzug:

In Anbetracht des allgemeinen Wunsches des Landes und der wiederholten Zusagen der Regierung vor, während und nach der letzten Wahl . . . beauftragt der Kongreß das Parlamentarische Komitee, von der Regierung zu fordern, daß sie die Conscription Acts aufhebt, und die sofortige Zurückziehung der britischen Truppen aus Rußland verfügt.

Im Falle der Ablehnung soll ein Sonder-

kongreß unverzüglich einberufen werden, um zu entscheiden, welche Aktion zu unternehmen sei, um die Regierung zum Nachgeben zu zwingen.

Damit hat das neue Parlamentarische Komitee als strikten Auftrag erhalten, was das alte seinerzeit zu tun abgelehnt hat.

In der Debatte benutzte Smillie die Gelegenheit, sich aufs schärfste gegen Tom Shaws Vorwürfe zu verwehren und sich als „evolutionärer Revolutionär“ zu bezeichnen; er hielt den Gegnern der Direct Action vor, daß es ganz gleich sei, ob ein Generalstreikbeschuß wirtschaftliche oder politische Motive bzw. Ziele habe, die Wirkung sei von gleicher unermesslicher Tragweite, auch in politischer Hinsicht. Trotz einer eindrucksvollen Warnungsrede von Clynes (General Workers), der eine wirtschaftliche und politische Katastrophe von der Direct Action befürchtet und den Parlamentarismus gefährdet glaubt, ward die Resolution fast einstimmig angenommen.

Die Rußlandexpedition dauert weiter trotz wiederholter gegenteiliger Versicherungen Lloyd Georges, inzwischen ist sie sogar durch das moralisch höchst anfechtbare Mittel der Blockade noch verschärft worden. Also wird der Sonderkongreß zur Kohlenfrage zugleich auch wegen des Rußlandfeldzuges sich schlüssig werden müssen. In beiden Fällen soll er Zwangsmittel gegen die Regierung finden. Es gibt aber nur die Streikwaffe. Die Entscheidung ist also bereits zwar nicht direkt, aber doch indirekt dem Sinne nach in der Resolution gefällt.

Die Motive der Resolution liegen bei Radikalen wie Smillie, in der Überzeugung, daß die „Sozialisten in Rußland nicht nur ihre eigene Schlacht schlagen, sondern für die Arbeiter der ganzen Welt kämpfen.“ Die allgemeine Stimmung aber kennzeichnete Thomas mit den Worten, daß der Kongreß und die Arbeiterbewegung jeder Regierung das Recht absprechen, in irgend einem Lande sich in die inneren Angelegenheiten einzumischen.

Hinzukommt die Besorgnis, daß jetzt trotz des errungenen Sieges und der Vernichtung des Militarismus in Deutschland der heimische Militarismus Triumphe feiert und das stehende Heer weit größer bleiben könnte als je vor dem Krieg, wodurch wieder die Gefahr der Verwendung des Militärs gegen die Arbeiterbewegung immer bedrohlicher wird. Man mißtraut gerade in dieser Hinsicht Lloyd George besonders. Daher die auf beschleunigten Abbau des Heeres abzielende Forderung nach Aufhebung der Militärdienstakte.

Das Ergebnis der großen Verhandlungen ist demnach: Vermeidung der offenen Erklärung für oder gegen den politischen Generalstreik, aber unzweideutige Erklärung für die Androhung einer „legitimen Aktion“ für die Kohlenverstaatlichung, die Aufgabe des Rußlandfeldzuges und den Abbau des Heeres.

Die Resolutionen — darüber konnte, wie Thomas ja auch offen betonte, niemand weder innerhalb noch außerhalb des Kongresses im Zweifel sein, — enthalten den Willen zur letzten Konsequenz und damit die innere Notwendigkeit zur letzten großen Entscheidung und zwar einer Entscheidung, die bei der Größe der Aktion gewollt oder ungewollt um die Macht im Staate geht, und die nur vermeidbar wäre durch blamablen Rückzug der Gewerkschaften (das wäre moralischer Selbstmord), durch Nachgeben Lloyd Georges (das ist inzwischen verweigert) oder durch allgemeine Wahlen. Die soeben im Parlament unerwartet eingetretene Niederlage der Regierung durch Extreme beider Richtungen in der Frage der französischen Piloten ist zwar ein deutliches Zeichen, daß der Koalitionsblock zu zerfallen droht (von allen Seiten verlangt man jetzt die Erfüllung des skrupellosen und sich viel-

fach widersprechenden Wahlversprechens von Lloyd George), aber gerade diese Sachlage ist es, die Lloyd George als alleiniges Mittel zur Rettung seiner Stellung den Gedanken eines großen Kampfes gegen die Arbeiterschaft zwecks abermaliger Zusammenschweifung der großen bürgerlichen Mehrheit im Parlament nahelegen muß, um eine entscheidende parlamentarische Niederlage und die nachfolgende vernichtende Wahl-niederlage zu vermeiden oder doch möglichst lange hinauszuzögern.

Es fragt sich nur, ob die bürgerlichen Elemente ihm hierbei auf den Leim gehen. Und da kommt viel auf die Geschicklichkeit der Arbeiter an. Es war daher sehr klug von Thomas, die Direct Action zu vermeiden und den Willen zum Entscheidungskampf als „legitime, wirtschaftliche Aktion“ zu frisieren. Denn in der Praxis, darin hat Smillie recht und darüber kann kein Wort täuschen, bedeutet auch der wirtschaftliche Generalstreik den Entscheidungskampf um die Macht.

Es ist daher zur Ergänzung noch nötig, die übrigen bedeutsamen Forderungen, mit denen die Arbeiter in den Kampf ziehen, auf Grund der Kongreßbeschlüsse kurz zu erwähnen:

- a) Resolution für eine praktische und wirksame Politik in der Frage der „Kontrolle der Industrie, wobei die Gewerkschaftsbewegung für die Demokratie die völlige Emanzipation von der Lohnsklaverei sichern könne“.
- b) Freihandelsresolution: Die vom Krieggeschaffene Lage hat in keiner Weise die Fundamentalwahrheit beeinträchtigt, daß der freie Handel zwischen den Nationen die breiteste und sicherste Grundlage für das Wohlergehen der Welt und den internationalen Frieden ist, und daß jede Abweichung vom Freihandelsprinzip in England ebenso nachteilig für die Interessen der arbeitenden Klassen wie schädlich für den Wohlstand des Volkes

in der Gesamtheit sein würde.

- c) Resolution für sofortige Zulassung Deutschlands zum Völkerbund.
- d) Resolution für große Propagandaaktion, um die Massen für eine „League of Peoples“ anstatt der „League of Nations“ zu gewinnen.
- e) Sympathieresolution für die Iren.
- f) Resolution für Aufrechterhaltung der Preiskontrolle über die Lebensmittel.
- g) Resolutionen für Heraufsetzung der Einkommensteuergrenze, für Vermögensabgabe zur Abtragung der Kriegslasten, direkte Besteuerung des Wertes von Grund und Boden.

Das Freihandelsprinzip und die Kritik der Lebensmittelpolitik (unwirksame Kontrolle, mißglückte Preissenkung) und der wachsenden Lebensmittelteuerung sind außerordentlich wirksame Kampffarolen nicht nur für die Arbeitermassen, sondern auch für weite bürgerliche Schichten. Die Teuerung ist in England wie überall der erfolgreichste Agitator für den Machtwillen der Arbeiterschaft. So geht die Arbeiterschaft mit guten Aussichten, wirksamen Kampffarolen und relativ großer Einmütigkeit dem letzten Kampf entgegen.

Der Regierung sind die Entschlüsse des Gewerkschaftskongresses natürlich nicht entgangen; auch sie war sich klar, daß die Entscheidung früher oder später kommen mußte, und daß es eine Entscheidung über die Macht im Staate sein würde. Das Früher bot die meisten Chancen und so griff die Regierung zur Taktik des ersten Stoßes: Sie provozierte den Eisenbahnerstreik, natürlich so geschickt, daß die Arbeiterschaft die Schuld zu tragen schien. Diese erste Schlacht verdient, wenn auch durch Kompromiß beendet, in Ursache und Ausgang besondere Beachtung.

(Fortsetzung folgt.)

Dr. Paul Heile

## Die Neugestaltung des Siedlungswesens

Es gibt nur einen Weg, um der demütigenden und peinlichen Abhängigkeit vom Ausland, die der Friedensvertrag uns auferlegt, zu entgehen. Das ist die Herstellung einer neuen Basis für unser Wirtschaftsleben durch entschlossene und zielbewußte Inangriffnahme der Siedlung. Solange wir gezwungen sind, unseren notwendigsten Bedarf an Nahrungsmitteln aus dem Auslande zu beziehen, sind die uns auch nach dem Friedensschluß feindlich gesonnenen Staaten jederzeit in der Lage, entwürdigende Zumutungen an uns zu stellen, die wir erfüllen müssen, um nicht zu verhungern. Gelingt es aber, der heimischen Scholle das abzuringen, was wir zur Befriedigung der Lebensnotdurft gebrauchen, so wachsen wir langsam wieder hinein in neue Freiheit.

Denn unfrei waren wir schon geworden, bevor der Krieg unser Schicksal besiegelte. Deutschland war nicht mehr imstande, seine Kinder zu ernähren; es mußte über seine Grenzen hinaus streben, um ein Gleichgewicht für die überwuchernde Industrialisierung des Landes zu finden. Der Krieg hat bewiesen, daß Deutschland nicht stark genug war, um das so erworbene, große, unsichtbare Reich zu behaupten. So heißt es denn für die Nation, die Entwicklung in andere Bahnen zu lenken und in Selbstbescheidung zur Scholle zurückzukehren.

Die in dieser Richtung gehenden Bestrebungen haben vor dem Kriege keinen durchgreifenden und befriedigenden Erfolg zeitigt. Zu stark war das industrielle Wachstum

und der Drang zur Weltwirtschaft. Gerade aus diesem Grunde aber sind die Bemühungen, das Siedlungswerk nunmehr, nach dem Zusammenbruch des alten Reiches, in neuen Fluß zu bringen, nicht mit einem Hinweis auf die Erfahrungen der Vergangenheit abzutun. Zweifellos waren die äußeren Vorbedingungen für die innere Kolonisation vor dem Kriege günstiger als heute. Dafür stand aber auch nicht die furchtbare Not eines ganzen Volkes als Triebkraft hinter den Ansiedlungsbestrebungen.

Schon bald nach Eintritt der politischen Umwälzung wurde ein erster Versuch gemacht, das Siedlungswerk einzuleiten. Am 29. Januar 1919 erging eine Verordnung zur Beschaffung von landwirtschaftlichem Siedlungsland. Diese Verordnung wurde durch das „Reichssiedlungsgesetz“ vom 11. August 1919 ersetzt, das mit dem Tage der Verkündung in Kraft getreten ist. Endlich sind in Preußen, dem für die innere Kolonisation wichtigsten Staate, Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetz ergangen.

Nach dem Reichssiedlungsgesetz sind die Bundesstaaten zunächst dazu verpflichtet, da wo gemeinnützige Siedlungsunternehmen nicht vorhanden sind, solche zu begründen; jedoch können auch bestehende öffentliche Behörden oder Anstalten als Siedlungsunternehmen gelten. Zweck dieser Gesellschaften ist, Neuansiedlungen zu schaffen und bestehende Kleinbetriebe zu heben und zwar höchstens auf die